

## **L2-460: Wir lassen die Sau raus und die Bienen leben!**

Antragsteller\*innen      Christian-Frederic Kaiser

**Nach Zeile 146 einfügen:**

### **Landwirtschaft für Bäuer\*innen: Sozial, demokratisch und jung**

Neben den ökologischen Krisen unserer Landwirtschaft zeichnet sich eine soziale und wirtschaftliche Krise ab. Seit 1971 ging die Zahl der Höfe in Deutschland von 1.017.697 Betrieben auf 276.000 im Jahr 2016 zurück. Gleichzeitig stieg die Größe der verbleibenden Höfe und damit das bewirtschaftete Land und die Anzahl an Tieren pro Betrieb. Dem folgt eine Intensivierung der Landnutzung und der Verlust von Arbeitsplätzen, struktureller Vielfalt und sozialen Strukturen im ländlichen Raum. Die Kontrolle über die Herkunft unserer Lebensmittel liegt zunehmend in der Hand immer weniger und immer größerer Konzerne. Das Problem entspringt vor allem den Agrarsubventionen der EU, welche ihre Zahlungen vor allem an die Größe der bewirtschafteten Fläche knüpfen und so große Betriebe über-bevorteilen. So profitieren von 80% der Gelder gerade einmal 20 % der Betriebe. Die Devise lautet "Wachse oder weiche!". Gleichzeitig basieren die Arbeitsverhältnisse allzuoft auf prekären Beschäftigungen der Zeit- oder Saisonarbeit. Während die EU die Subventionszahlung an gewisse Umweltnormen knüpft liegen immer noch keine einheitlichen Arbeitsnormen vor. Die Zahlung von Subventionen sollte mit sicheren Arbeitsverhältnissen und existenzsicherenden Löhnen verbunden sein. Öffentliche Gelder sollen öffentliche Leistung fördern! Daher fordert die Grüne Jugend NRW eine Bewertung der Förderhöhe, anhand sozialer und ökologischer Kriterien und nicht der Fläche.

Gerade Konzepte wie Agrargenossenschaften, gemeinschaftliche Landnutzung und weitergehende Konzepte wie solidarische Landwirtschaft wirken dem Wachstumsdruck und der Marktlogik mit schwankenden Absatzpreisen entgegen. In einem Wirtschaftszweig hohem Risikos und hoher Investitionen bei gleichzeitig niedriger Gewinne, schützen solche Konzepte kleinere Produzent\*innen fördern regionale Märkte, verbinden Produzent\*innen und Konsument\*innen und tragen zur Demokratisierung der Landwirtschaft und Wirtschaft im Allgemeinen bei. Diese Modelle könnten auch Vorlagen für demokratischere Betriebsmodelle in anderen Branchen liefern und sollten daher stärker gefördert werden!

Gleichzeitig fürchten viele Betriebe um die Nachfolge auf ihren Höfen. Junge Menschen

müssen stärker ermutigt werden im landwirtschaftlichen Bereich tätig zu werden. Hierzu müssen bestehende Förderungen von Junglandwirt\*innen und Agrar-Start-Ups angehoben werden. Steigende Pachtpreise auf Agrarflächen stellen ein großes Hindernis für junge Menschen dar. Hierzu müssen die teils illegalen Vorgänge im Bereich des "Land-Grabbings" durch große meist nicht landwirtschaftliche Investmentfirmen europaweit untersucht und unterbunden werden. Es muss einen Vorrang junger Landwirt\*innen beim Erwerb von Agrarflächen vor nicht-landwirtschaftlichen Käufer\*innen geben. So fordert die Grüne Jugend NRW von der EU, Bundesregierung und Landesregierung engagiert Maßnahmen zu ergreifen gegen einen zunehmenden Preisanstieg der Agrarflächen und eine Stärkung junger Landwirt\*innen auf ihrem Weg ins Arbeitsleben durch Ausbildung, Beratung und Finanzierung

Die Grüne Jugend NRW fordert:

- eine Auslegung der EU-Agrarsubventionen, anhand ökologischer und sozialer Kriterien und nicht ausgelegt am Flächenbesitz.
- eine Förderung von demokratischeren sozialen Modellen der Betriebsführung, wie solidarische Landwirtschaft oder Agrargenossenschaften in NRW
- eine Anhebung der Förderung von Agrar-StartUPs und Junglandwirt\*innen.
- den engagierten Kampf gegen illegale Methoden des Landgrabbing und den Einsatz gegen den Preisanstieg von Agrarflächen.
- einen Vorrang jungen landwirtschaftlichen Käufer\*innen bei der Ausschreibung von Agrarflächen.

### **Begründung**

Neben ökologischen Forderungen sollten auch ein soziales Angebot und Verständnis der Probleme von Landwirt\*innen in den Antrag einfließen. Dies sollte die Stärkung von jungen und familiären Betrieben sowie den Kampf gegen steigende Landpreise umfassen.